

Eine neue Allianz gegen die Stromtrasse

Initiative aus dem Nürnberger Land:
Kommunen und Bürgerinitiativen sollen sich
LANDKREISÜBERGREIFEND vernetzen.



Bei Rollhofen [Gemeinde Neunkirchen] führt die bestehende 110-Kilovolt-Leitung knapp an den Häusern vorbei. Wie viel Abstand hält die P44mod-Trasse ein?

Foto: Sichelstiel

NÜRNBERGER LAND. Die Kritiker der geplanten Stromtrasse P44mod, die durchs Nürnberger Land führen soll, bilden eine neue Allianz. Ihr Ziel ist es, nicht nur die Bürgerinitiativen, sondern auch die betroffenen Kommunen aus acht Landkreisen zu vernetzen. Den Auftakt machte ein Treffen in Lauf unter anderem mit Vertretern aus Thüringen, Coburg, Kronach und Forchheim.

Hubert Aiwanger, Bayerns Wirtschaftsminister und Chef der Freien Wähler, ist als Trassengegner bekannt. Eine dezentrale Energiewende macht die großen Leitungen weitgehend überflüssig, meint er – was ihm vom Koalitionspartner CSU schon den Vorwurf des „Energiepopulismus“ einbrachte. Nicht nur im Nürnberger Land engagieren sich viele Freie Wähler in den Bürgerinitiativen, die die Pläne für den Netzausbau kritisch sehen. Deshalb war es nur konsequent, dass Landrat Armin Kroder, der für die Freien Wähler an den Koalitionsverhandlungen in München teilgenommen hat, am Mittwoch dieser Woche Gastgeber war. Im Landratsamt in Lauf kamen Politiker und Bürgerinitiativen zusammen, um ihren Widerstand zu demonstrieren.

Mitorganisiert hatte die Zusammenkunft aber auch eine SPD-Politikerin: Neunkirchens Bürgermeis-

terin Martina Baumann ist unter den Rathauschefs im Landkreis die Wortführerin, wenn es um Kritik an den P44mod-Planungen geht (siehe *Hintergrund*).

Erst Resolution, jetzt Netzwerk

Baumann und Kroder hatten bereits 2018 eine Resolution auf die Beine gestellt, zu deren Unterzeichnern mehrere Bürgermeister und der Bamberger Landrat Johann Kalb gehörten. Nun gehen sie einen Schritt weiter: „Wir wollen uns über die Regierungsbezirke hinweg vernetzen“, so Baumann. Bei den Bürgerinitiativen klappte das schon, „da müssen wir auf kommunaler Ebene nachziehen“.

Baumann glaubt, dass ein Zeichen der Geschlossenheit dringend notwendig ist. Während die CSU-FW-Koalition in Bayern keine „konsistenten“ Signale aussende, dränge der Bund auf einen schnellen Ausbau des Stromnetzes. Mit dem Anfang April verabschiedeten neuen Netzausbaubeschleunigungsgesetz, so die Bürgermeisterin, könnte „eine Hintertür geöffnet werden“. Sie hält es für wahrscheinlich, dass die Betroffenen bei beschleunigten Verfahren kaum mehr Gehör finden, dass Mindestabstände zu Wohnhäusern keine Rolle spielen.

„Es kann schnell gehen. Die Situation ist sehr gefährlich“, sagt Dörte

Hamann, Sprecherin des Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse. Man müsse jetzt eine gemeinsame Position finden, so Landrat Kroder.

Die Teilnehmer der Laufer Zusammenkunft brauchen nicht lange suchen. Sie eint die Skepsis gegenüber den Plänen der privaten Netzbetreiber wie Tennet oder 50Hertz. Die meisten Trassen, so ihre Vermutung, seien für den internationalen Stromhandel gedacht. „Das wird eine reine Durchgangsleitung, die keinen Mehrwert für die Region bringt“, so Baumann über P44mod. „Wir stellen die Trasse grundsätzlich in Frage, wir wollen sie weder hier noch anderswo“, begegnet Hamann, die Vertreterin der Bürgerinitiativen, dem Vorwurf, sie würde nur nach dem Sankt-Florians-Prinzip argumentieren.

Keine Masten, aber dafür Windräder?

Die neue Allianz gegen P44mod hat einen Gegenvorschlag, den wohl auch Wirtschaftsminister Aiwanger sofort unterschreiben würde: „Wir setzen auf regionale Anbieter wie die N-Ergie“, sagt Landrat Kroder. Stefan Lochmüller, Strategiemanager des Nürnberger Stromversorgers, stellt sich eine dezentrale Energiewende unter anderem durch einen Ausbau der Windenergie vor, „aber mit den Bürgern vor Ort“. Noch scheitere dies an der in Bayern geltenden 10H-Abstandsregelung, „aber ob Windrad oder Strommast in der Umgebung – irgendetwas habe ich immer“. Es gehe darum, die Energiewende „ertragbar“ zu gestalten, indem die Betroffenen auch direkt davon profitierten.

Aber schon bei einem weiteren von Lochmüllers Vorschlägen gehen die Meinungen unter den Trassengegnern auseinander. Er sähe gerne Biogasanlagen im Strommix, um den Bedarf abzudecken, wenn Sonne und Wind zeitweise wegfallen. Doch jene, die solche Anlagen schon vor der Haustür haben, klagen über Monokulturen und „Riesenmaschinen, die über die Straßen donnern“.

Es gibt also durchaus Redebedarf. Weiter geht es im Herbst. Dann steht das nächste Treffen an, und zwar in Coburg. Die Einladung dazu hat der dortige Landrat Sebastian Straubel ausgesprochen. **ANDREAS SICHELSTIEL**

HINTERGRUND

Zwei Alternativen

Der Netzentwicklungsplan zum Ausbau des Stromnetzes sieht vor, dass zwischen Thüringen und Bayern größere Energiemengen übertragen werden sollen. Dafür gibt es laut den privaten Netzbetreibern zwei Alternativen: die Trassen P44 und P44mod. Nur eine soll gebaut werden. Während P44 nach Grafenrheinfeld führt und damit nordwestlich an der Metropolregion vorbei, verläuft P44mod mitten durchs Nürnberger Land.



Widerstand: Trassengegner im Landratsamt. Foto: Sichelstiel

Vorgesehen ist ein „Neubau in vorhandenem Trassenraum“, also eine Aufrüstung der 110-Kilovolt-Wechselstromtrasse, die sich bereits von Schnaittach über Ottensoos bis nach Ludersheim erstreckt und teilweise nur wenige Meter Abstand zu Wohngebäuden einhält. Um 380 Kilovolt zu erreichen, müsste sie mit bis zu 75 Meter hohen Masten versehen werden.

Laut Netzentwicklungsplan ist die Inbetriebnahme 2029 möglich, wenn eine „politische Entscheidung spätestens Ende 2019 erfolgt“. Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz drängt die Bundespolitik unter Wirtschaftsminister Peter Altmaier auf ein schnelles Vorgehen. Bürgerinitiativen und Vertreter von Kommunen fürchten deshalb um Mitsprachemöglichkeiten. Und sie fürchten, dass auch die neue, größere Trasse direkt an Häusern vorbeiführt – denn der Landesentwicklungsplan nennt zwar Mindestabstände von 200 oder sogar 400 Metern, aber diese Werte sind Soll-Vorschriften, kein Muss. **AS**



Im Sitzungssaal des Landratsamts in Lauf kamen am Mittwoch dieser Woche Vertreter von Kommunen und Bürgerinitiativen (hier im Bild) zusammen. Foto: Sichelstiel